

Ausbildungsberufe:

FA 033/3
NEU

alle mit 3-/3,5-jähriger Regelausbildungsdauer

Wirtschafts- und Sozialkunde

Bearbeitungszeit: 60 Minuten

Verlangt:

Alle Aufgaben

Hilfsmittel:

Nicht programmierter Taschenrechner

Bewertung:

Bei den Aufgaben werden Umfang und Genauigkeit der gezeigten Kenntnisse und Einsichten, die Methodenkenntnisse bei der Auswertung von Arbeitsmitteln und die Fähigkeit zum kritischen Urteilen bewertet.

Die Aufgabe WK 1 und WK 2 sind gleich zu gewichten.

Zu beachten:

Die Prüfungsunterlagen sind vor Arbeitsbeginn auf Vollständigkeit zu überprüfen.

Die Lösungen sind ausschließlich auf das Lösungspapier zu schreiben.

Der Aufgabensatz besteht aus:

- den Aufgaben WK 1 und WK 2

Bei Unstimmigkeiten ist sofort die Aufsicht zu informieren.

WK 1 Die Rolle des Mitarbeiters in der Arbeitswelt aktiv ausüben
Als Konsument rechtliche Bestimmungen in Alltagssituationen anwenden**Ausgangssituation**

Lisa Fischer ist Fachkraft für Metalltechnik und wurde im Frühjahr zur Betriebsrätin in der Schneider Metallbau GmbH, die 152 Mitarbeiter/-innen hat, gewählt.

Aufgaben**20**

- 1.1 Nennen Sie mithilfe von Anlage 1 drei Bedingungen, die Frau Fischer erfüllen musste, um gewählt werden zu können. 3
- 1.2 Die Auftragslage der Schneider Metallbau GmbH ist schlecht und zwingt die Geschäftsleitung zu harten Maßnahmen. Die betroffenen Mitarbeiter/-innen fordern Frau Fischer als Betriebsrätin auf, ihre Rechte zu prüfen und gegebenenfalls gegen die betrieblichen Maßnahmen vorzugehen. 6
- Maßnahme 1: Mehrere Mitarbeiter/-innen erhalten die Kündigung.
Maßnahme 2: Die Geschäftsleitung verhängt eine Urlaubssperre über den Jahreswechsel.
Maßnahme 3: Aus Kostengründen wird ein unrentables Zweigwerk geschlossen.
- Erklären Sie unter Nennung der Paragraphen in Anlage 2, welche Rechte Frau Fischer als Betriebsrätin jeweils geltend machen kann.
- 1.3 Herr Tobias Keller, Industriemechaniker, legt Frau Fischer sein Arbeitszeugnis vor. Er ist unsicher über folgende Formulierung. 2
- „Herr Tobias Keller hat die ihm übertragenen Aufgaben zu unserer Zufriedenheit erledigt.“
- Beurteilen Sie die Zeugnisaussage mit einer Note.
- 1.4 Auf ihrem Girokonto sparte Frau Fischer einen Betrag von 5.000,00 Euro an, um sich später einen Pkw zu kaufen. Bis dahin möchte sie das Geld gut anlegen. 4
- Stellen Sie die Anlagemöglichkeiten „Termingeld“ und „Aktienfonds“ in einer Tabelle anhand je einem Vor- und einem Nachteil gegenüber.
- 1.5 Frau Fischer überlegt, die Differenz zwischen ihrem Ersparten und dem Kaufpreis des Autos mit einem Kredit zu finanzieren. Im Beratungsgespräch bei der Bank erfährt sie, dass die Bank den Kredit mit einer Sicherungsübereignung absichern möchte. 2
- Erklären Sie jeweils einen Vorteil dieser Kreditsicherheit für Frau Fischer und die Bank.
- 1.6 Im Radio hört Frau Fischer, dass rund 750 000 Baden-Württemberger über 18 Jahren laut „Schuldneratlas 2020“ überschuldet waren. Schuldnerberatungen empfehlen deshalb, einen Haushaltsplan zu führen. 3
- Begründen Sie die Empfehlung von Schuldnerberatungen, einen Haushaltsplan zu führen.
 - Erläutern Sie aus Sicht des Schuldners, weshalb ein Verbraucherinsolvenzverfahren nur als letzte Möglichkeit gewählt werden sollte. (2 Angaben)

Anlage 1 zu WK 1**Auszug auf dem Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG)****§ 1 Errichtung von Betriebsräten**

- (1) In Betrieben mit in der Regel mindestens fünf ständigen wahlberechtigten Arbeitnehmern, von denen drei wählbar sind, werden Betriebsräte gewählt. [...]

§ 5 Arbeitnehmer

- (1) Arbeitnehmer [...] sind Arbeiter und Angestellte einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten, [...].

§ 7 Wahlberechtigung

Wahlberechtigt sind alle Arbeitnehmer des Betriebs, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. [...].

§ 8 Wählbarkeit

- (1) Wählbar sind alle Wahlberechtigten, die sechs Monate dem Betrieb angehören [...].

Anlage 2 zu WK 1**Auszug auf dem Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG)****§ 87 Mitbestimmungsrechte**

- (1) Der Betriebsrat hat, soweit eine gesetzliche oder tarifliche Regelung nicht besteht, in folgenden Angelegenheiten mitzubestimmen:
1. Fragen der Ordnung des Betriebs und des Verhaltens der Arbeitnehmer im Betrieb;
 2. Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit einschließlich der Pausen sowie Verteilung der Arbeitszeit auf die einzelnen Wochentage;
 3. vorübergehende Verkürzung oder Verlängerung der betriebsüblichen Arbeitszeit;
 4. Zeit, Ort und Art der Auszahlung der Arbeitsentgelte;
 5. Aufstellung allgemeiner Urlaubsgrundsätze und des Urlaubsplans [...];
 6. Einführung und Anwendung von technischen Einrichtungen, die dazu bestimmt sind, das Verhalten oder die Leistung der Arbeitnehmer zu überwachen;
 7. Regelungen über die Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten [...];
 8. Form, Ausgestaltung und Verwaltung von Sozialeinrichtungen, [...].

§ 102 Mitbestimmung bei Kündigungen

- (1) Der Betriebsrat ist vor jeder Kündigung zu hören. Der Arbeitgeber hat ihm die Gründe für die Kündigung mitzuteilen. Eine ohne Anhörung des Betriebsrats ausgesprochene Kündigung ist unwirksam.
- (2) Hat der Betriebsrat gegen eine [...] Kündigung Bedenken, so hat er diese unter Angabe der Gründe dem Arbeitgeber [...] schriftlich mitzuteilen. Äußert er sich [...] nicht, gilt seine Zustimmung zur Kündigung als erteilt. [...]

§ 111 Betriebsänderungen

In Unternehmen mit in der Regel mehr als zwanzig wahlberechtigten Arbeitnehmern hat der Unternehmer den Betriebsrat über geplante Betriebsänderungen, die wesentliche Nachteile für die Belegschaft oder erhebliche Teile der Belegschaft zur Folge haben können, rechtzeitig und umfassend zu unterrichten und die geplanten Betriebsänderungen mit dem Betriebsrat zu beraten. [...] Als Betriebsänderungen im Sinne des Satzes 1 gelten

1. Einschränkung und Stilllegung des ganzen Betriebs oder von wesentlichen Betriebsteilen,
2. Verlegung des ganzen Betriebs oder von wesentlichen Betriebsteilen, [...].

**WK 2 Wirtschaftliches Handeln in der Sozialen Marktwirtschaft beurteilen
Entscheidungen im Rahmen einer beruflichen Selbstständigkeit treffen****Ausgangssituation**

Susi Koller und Gerd Huber absolvieren eine Berufsausbildung im Konditorenhandwerk. Am 3. Oktober feiern sie den Jahrestag der Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland.

Herr Huber: Ich weiß aus Erzählungen meines Vaters, dass es in der DDR fast nur Staatsbetriebe gab.

Frau Koller: Bin ich froh, dass wir in der Bundesrepublik Deutschland die Soziale Marktwirtschaft haben.
Da können wir uns unseren Traum von einer eigenen Konditorei viel leichter erfüllen.

Aufgaben		20
2.1	Nennen Sie vier Merkmale, die für die Soziale Marktwirtschaft charakteristisch sind.	4
2.2	In der Sozialen Marktwirtschaft greift der Staat im sozialpolitischen Bereich in das Wirtschaftsleben ein. - Nennen Sie ein Ziel, das der Staat damit erreichen möchte. - Geben Sie dazu zwei Maßnahmen an.	3
2.3	Aus den Nachrichten weiß Frau Koller, dass sich durch die Corona-Pandemie die Wirtschaftslage in Deutschland verschlechtert hat. In solchen Krisenzeiten versucht der Staat die Konjunktur durch geeignete Maßnahmen anzukurbeln. Beschreiben Sie anhand von zwei Maßnahmen aus Anlage 3, wie sich diese auf die Privathaushalte sowie die Gesamtwirtschaft auswirken können.	4
2.4	Frau Koller und Herr Huber planen, sich nach ihrer Ausbildung mit einem Konditoreibetrieb selbstständig zu machen. Nennen Sie zwei persönliche Voraussetzungen, die zum Führen eines Unternehmens notwendig sind (mit Begründung).	2
2.5	Bei der Wahl des Standortes für ihren Betrieb sind sich Frau Koller und Herr Huber noch uneinig. Frau Koller wünscht sich eine kleine Konditorei auf dem Land. Herr Huber dagegen sieht größere Erfolgchancen in der Großstadt. Stellen Sie in einer Tabelle je zwei Vorteile der beiden Standort-Alternativen gegenüber.	4
2.6	Auch über die Wahl der Rechtsform für ihren Konditoreibetrieb machen sich Frau Koller und Herr Huber Gedanken. Sie entscheiden sich am Ende für die Gründung einer GmbH. Erklären Sie anhand von drei Merkmalen, weshalb sich Frau Keller und Herr Huber für diese Rechtsform entschieden haben.	3

Anlage 3 zu WK 2

Das CORONA-Hilfspaket der Bundesregierung

Mehrwertsteuersenkung 20 Mrd. Euro
Von 19 % auf 16 % und 7 % auf 5 %

Familienzuschuss 4,3 Mrd. Euro
Einmalig 300 Euro pro Kind

Überbrückungshilfen 25 Mrd. Euro
Hotel- und Gaststättengewerbe,
Clubs und Bars, Reisebüros etc.

Kaufprämien von 3.000 auf 6.000 Euro
Verdoppelung der Kaufprämien für E-Autos

Gewerbesteuer 6 Mrd. Euro
Ausgleich für den Ausfall für Kommunen

Steuerentlastungen ca. 8 Mrd. Euro
für Unternehmen

Quelle: vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

